

Pressemitteilung



Nr. 50/19 vom 15.08.2019

Anzahl der Anschläge: 2.667
Abrufbar unter: www.gdw.de

Baugenehmigungen im Sinkflug – Alarmsignal für die Zukunft des bezahlbaren Wohnens

Berlin – "Die Zeichen stehen auf noch mehr Wohnungsmangel statt endlich mehr Wohnungsbau in Deutschlands Ballungsregionen. Statt den Wohnungsbau und die Baugenehmigungen wirksam anzukurbeln, wurden im ersten Halbjahr 2019 deutlich weniger Wohnungen genehmigt als im Vorjahr. Der Sinkflug bei den Baugenehmigungen ist ein deutliches Alarmsignal für die Zukunft des bezahlbaren Wohnens, denn von den jährlich notwendigen neuen Wohnungen in Deutschland bleiben wir meilenweit entfernt", erklärte Axel Gedaschko, Präsident des Spitzenverbandes der Wohnungswirtschaft GdW, zu den heute veröffentlichten Baugenehmigungszahlen des Statistischen Bundesamtes.

Von Januar bis Juni 2019 wurde in Deutschland der Bau von insgesamt 164.600 Wohnungen genehmigt. Wie das Statistische Bundesamt (Destatis) weiter mitteilt, waren das 2,3 Prozent weniger Baugenehmigungen als im Vorjahreszeitraum. Die Zahl der Baugenehmigungen für Einfamilienhäuser ist sehr leicht gesunken (-0,1 Prozent). Die Zahl der Baugenehmigungen für Zweifamilienhäuser sank dagegen um 4,7 Prozent und die Zahl der genehmigten Mehrfamilienhäuser um 3,2 Prozent.

Die Gründe für die dauerhafte Mangelsituation sind folgende: zu wenig Bauland, zu wenig Mitarbeiter in den Behörden, zu wenig Kapazitäten in den Baufirmen. Und: vielfach abschreckend hohe Preise für Bauland und Bauleistungen, so dass an der Zielgruppe vorbei gebaut würde und daher erst gar nicht mehr weiter geplant wird.

Die Lösungen liegen auf der Hand, sie müssen nur umgesetzt werden: Das Planungs- und Baubeschleunigungsgesetz muss zügig kommen. Es muss dauerhafte steuerliche Verbesserungen für den Wohnungsbau geben. Die Branche benötigt eine aktive und vorausschauende Liegenschafts- und Bodenpolitik der Städte und Kommunen ebenso wie interkommunale Lösungen und Stadt-Umland-Kooperationen als neue Ansatzpunkte. Die Kommunen müssen die Grundstücke grundsätzlich nach dem Gebot der Konzeptvergabe und nicht nach Höchstpreisen abgeben. Die Genehmigungskapazitäten in den Ämtern sind zu erhöhen und die Ergebnisse der Baukostensenkungskommission aus der letzten Legislaturperiode umzusetzen. Kommunen, Länder und die Bundesregierung müssen an einem Strang ziehen.

Die GdW-Positionen "Bezahlbares Wohnen jetzt – 20 Vorschläge zur kurzfristigen Umsetzung" finden Sie [hier](#).

Der GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen vertritt als größter deutscher Branchendachverband bundesweit und auf europäischer Ebene rund 3.000 kommunale, genossenschaftliche, kirchliche, privatwirtschaftliche, landes- und bundeseigene Wohnungsunternehmen. Sie bewirtschaften rd. 6 Mio. Wohnungen, in denen über 13 Mio. Menschen wohnen. Der GdW repräsentiert damit Wohnungsunternehmen, die fast 30 Prozent aller Mietwohnungen in Deutschland bewirtschaften.